

...eige.

...es gefallen.

...reyer

...infolge einer

...in Namen

...Gruppe

...Nagold.

...Nagold.

...Gruppe

...tspiele.

...punkt 8 Uhr

...Nagold.

...Teil in 6 Akt.

...Mann

...ens

...enjahrplan

...g vom 18. Febr. an

...Ausgabe.

...Nagold.

...Nagold.

...Nagold.

...Nagold.

...Nagold.

...Nagold.

...Nagold.

...Nagold.

...Nagold.

...Nagold.

...Nagold.

...Nagold.

...Nagold.

...Nagold.

...Nagold.

...Nagold.

...Nagold.

...Nagold.

...Nagold.

...Nagold.

...Nagold.

...Nagold.

...Nagold.

...Anzeige...

...Anzeige...

Der Gesellschafter

Amis- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Nagolder Tagblatt

Nr. 60

Dienstag den 11. März 1924

98. Jahrgang

Tagespiegel

Die Parteiführer des Reichstags sind vom Reichskanzler zu einer Besprechung der Note des Pariser Völkervertrags eingeladen worden. Der Reichsjustizminister wird kommunistische Anfragen wegen Entschädigung von 921 Kommunisten während des Besetzungszustands und wegen Strafenlassens für politische Betrübnisse absehend beantworten. In London ist die Nachricht eingelaufen, die Araber haben den König Hussein von Transjordanien zum Kalifen, d. h. zum geistlichen Oberhaupt aller Mohammedaner ausgerufen. Die römische „Tribuna“ meldet, der Vatikan werde die Anerkennung der Moskauer Sowjetregierung in irgend einer Form aussprechen, um eine Entschärfung der Lage der Sowjetunion in Russland zu erwirken.

Die Besetzungskosten

Eine Anfrage des deutschnationalen Abg. Hergt im Reichstag veranlaßt den Finanzminister einige ziffermäßige Auskünfte zu geben über die Höhe der Besetzungskosten und der Ausgaben für all die sonstigen Anforderungen, die von den Besetzungsbehörden gestellt werden. Daraus ergibt sich, daß allein für die reinen Besetzungskosten bis Ende 1923 ein Betrag aufgewendet worden ist, der die Gesamthöhe der französischen Kriegsschadensentschädigung von 1870/71 ganz beträchtlich übersteigt. Der Finanzminister stellt im einzelnen fest: Die inneren Besetzungskosten, die von Deutschland neben den sonstigen Entschädigungsleistungen, aber ohne Wutschrift auf Entschädigungskonto, in der Besetzung wurden, belaufen sich bis Ende 1923 auf 911.328.184 Goldmark; im Kalenderjahre 1923 418.414.836 Goldmark, insgesamt also: 1.329.743.020 Goldmark. Die sogenannten äußeren Besetzungskosten, die Deutschland auf Entschädigungskonto belastet werden, belaufen sich demnach vom Waffensstillstand bis Ende 1923 auf 3.520.359.395 Goldmark, im Kalenderjahre 1923, da amtliche Mitteilungen darüber noch fehlen, schätzungsweise auf 248.000.000 Goldmark, insgesamt: 3.784.359.395 Goldmark. Die Verbündeten haben sich in den Jahren 1922 und 1923 an den im letztgenannten Finanzministerabkommen vom 11. März 1923 vereinbarten Höchstbetrag der nicht unter Art. 8 bis 12 des Rheinlandsabkommens fallenden Besetzungskosten von 220 Millionen Goldmark nicht gehalten. Seit Januar 1923 haben Beschlagnahmungen von öffentlichen und privaten Geldern durch die Besetzungsmächte als Ersatz für die seit Januar 1923 eingestellten Markt- und Wechselzahlungen in etwa 870 Fällen in Höhe von insgesamt schätzungsweise 50 Millionen Goldmark stattgefunden. Die aus anderen Anlässen (z. B. Eintreibung von Zöllen, Kontributionen aus Anlaß von Sabotageakten usw.) beschlagnahmten Summen sind hierin nicht enthalten. Es treten zunächst hinzu die Naturallieferungen. Es wurden ferner bisher jährlich folgende Verpflegungs- und Futtermittel an die Besetzung geliefert: rund 48.000 Tonnen Heu, 33.000 Tonnen Stroh, 28.000 Tonnen Stroh, 10.000 Tonnen Karottenschnitz, davon deren Hauptanteil für die Franzosen, 1350 Tonnen Zucker, 800 Tonnen Salz, 6650 Tonnen Mehl, 4750 Tonnen Futtermehle und 17.800 Tonnen Weizen.

Es ist zutreffend, daß die französisch-belgische Bahnverwaltung für die Beförderung dieser für die Besetzungstruppen bestimmten Verpflegungs- und Futtermittel, wie überhaupt für alle, auch aus anderen Anlässen notwendig werdenden Bahntransporte Bezahlung der Frachtkosten in „Regie Francs“ verlangt. Zu alledem kommen noch die Anforderungen für Kasernen und sonstige Bauten, für Wohnungen und deren luxuriöse Ausstattung. Welchen Umfang sie einnehmen, dafür gibt der Finanzminister lediglich für die allerneueste Zeit folgende Zahlen: Die Aufwendungen für diese Zwecke seit dem 1. Oktober 1923 belaufen sich auf das ob besetzte Gebiet auf 29.212.438 Goldmark, für das neubesezte Gebiet auf 212.219 Goldmark. Für das neubesezte Ruhrgebiet liegen zurzeit noch Anforderungen für Kasernenbauten, Ställe, Wohnhäusern, Kinos usw. vor im Betrag von rund 25% Millionen Goldmark. Hierzu kommen vollständig auszustattende Quartiere für Generale (Einwaffenshäuser), Wohnungen für Obersten und Offiziere niedriger Dienstgrade, Schulgebäude und Fabriken die als Truppenunterkünfte benutzt werden sollen und ausgebaut und ausgestattet werden müssen, an den genannten und anderen Orten, sowie die ständigen Ausgaben für Heizung, Beleuchtung und Instandhaltung der Quartiere und Wohnungen. Aus dem „Industrieabkommen“ geben die Besetzungsmächte nach den Mitteilungen des Reichsfinanzministers an Zahlen (unter Zugrundelegung der Forderungen von 1921) etwa 50 Millionen Goldmark monatlich, an Braunkohlen 2% Millionen, an Farb- und anderen chemischen Stoffen 4% Millionen, an Eisen

Kohle 6 Millionen, Weinbergs- und Obstgärtnerische Industrie-Kommissionen derartige „Lieferungsverträge“ auch mit der Holzindustrie des besetzten Gebietes abgeschlossen. Diese Lieferungsverträge sind ein Zwang und das Reich soll den Industriellen die Lieferungen erlassen. Die Annehmungen der Lieferanten sind noch nicht im ganzen Umfang bei der Reichskasse eingegangen, der Reichsfinanzminister glaubt aber die Gesamtbelastung des Reichs aus dem Industrieabkommen bis Mitte April d. J. auf 200 Millionen Goldmark schätzen zu müssen.

Ein Ultimatum

Die Note der Verbündeten über die neue Militärüberwachung hat in allen politischen Kreisen Deutschlands Befürzung und Empörung hervorgerufen. Sie bedeutet einen schweren Schlag in dem Augenblick, da Stresemann schon den „Silberstreifen am Horizont“ zu bemerken glaubte. Sie ist nicht anderes als die abgeschriebene britische Deutlichkeit mit einigen ganz unwesentlichen Veränderungen. Ihren Kernpunkt bildet die Androhung, daß die Militärüberwachung unverzüglich in Deutschland wieder aufgenommen werden wird. Und nur, wenn die deutsche Regierung zu der Rückführung der Rüstungsbestände und der Durchführung der endgültigen Abrüstung die Hand biete und ferner, wenn dabei nichts Anstößiges gefunden werde, dann erst könne man über den Erfolg der Kommission durch ein „Garantiekomitee“ mit beschränktem Personalstand sprechen. Das ist trotz der verhältnismäßig höflichen Form, in der die Note gehalten ist, ein hartes Ultimatum. Damit über die Entschiedenheit des Verbands, Deutschland wieder einmal gründlich zu demütigen, kein Zweifel besteht, werden von der Berliner Regierung „zufriedenstellend“ Besicherungen“ über fünf Punkte verlangt. Diese fünf Punkte sind nicht dieselben, die General Koller in seiner letzten Note vom 18. Dezember 1923 ausstellte, aber sie sind genau so überflüssig und quälerisch wie jene.

Wozu „Umgestaltung der Schusswaffen“? Den Bestimmungen des Artikels 102 des Versailler Vertrags ist von deutscher Seite nie entsprochen. Die „Umstellung der deutschen Fabriken auf Friedensleistungen“ ist anerkanntermaßen längst durchgeführt. Das „verbotene Material“, dessen die deutsche Regierung nur irgendwie habhaft werden konnte ist ausgeliefert. Was die Auslieferung des „schwarzen Materials“ über die deutsche Militärstärke zur Zeit des „Waffenstillstands“ anbelangt, so kann nur immer wieder behauptet werden, daß von jenem Material nichts Bemerkbares mehr vorhanden ist; damals herrschten ja die Arbeiter- und Soldatenräte! Endlich die „Anpassung des Rekrutierungssystems und der Heeresorganisation an die Bestimmungen des Friedensvertrags“: Was paßt den Herren von der Kommission noch nicht? Hatten sie nicht Zeit und Gelegenheit genug, sich von der biedereren, mehr als biedereren Anpassung der deutschen Behörden an die Wünsche des Verbands zu überzeugen?

Minister Dr. Stresemann hat am Donnerstag die letzte Woche im Reichstag eigentlich schon alles Nötige gesagt, die zu jenem Zeitpunkt noch nicht veröffentlichte Verbände note vorgebracht. Rühmlich die deutsche Abrüstung sei seit Frühjahr 1923 beendet. Das ist nicht eine bloße Behauptung der deutschen Regierung, sondern das habe beispielsweise die englische Regierung im Frühjahr 1923 im Unteramt wiederholt bestätigt. Sogar General Koller habe es in Schach seiner Kommission zugegeben, wie man aus dem bekannten Buch des Generals Allan wisse. Alle Behauptungen über Rückstände in der deutschen Abrüstung seien französische Quertreibereien mit der Absicht, die Vorbereitung zu erwecken, als solle unser Rüstungsstand eine Gefahr für Frankreich dar. Jedenfalls, so erklärte Stresemann, habe das Garantiekomitee keine Begründung im Versailler Vertrag. Keine deutsche Regierung könne es bilden. An der Bereitwilligkeit der deutschen Regierung, über die früheren Nachforderungen der Ueberwachungskommission zu verhandeln, hat die englische Presse in ihren neuesten Ausprägungen mit merkwürdigem Eifer ein „Daily Telegraph“, „Times“ und „Daily News“ verlangen von der Berliner Diplomatie „verjüngendes Entgegenkommen“. „Daily News“ will die deutsche Regierung den Eigensinn ausreden, mit dem sie auf „Fragen zweiten Ranges“ herumreißt. Das seien nämlich die Umgestaltung der Militärüberwachung und die Herabsetzung der „an sich finanziell nicht besonders schmerzhaften Entschädigungsabgabe“. Der diplomatische Richterstaat des „Daily Telegraph“ nennt es geradezu Heißschiss von Stresemann, wenn dieser den Versailler Vertrag gegen den Garantievorschlag auspicelt. Wie hat sich wieder der französische Einfluss in London geäußert, haben, um einen solchen Angriff gegen den deutschen Reichsstandpunkt hervorzuheben? Blieb nur die Frage: Dacht Mac Donald den Schritt der Völkervertragskommission mit seinem Namen und seiner Politik? Davon hängt alles weitere ab.

Der Hitlerprozeß

Sechster Verhandlungstag

München, 9. März. Die „weiß-blau“ Gefahr. Hoffentlich gegen Ludendorff. Generalleutnant a. D. von Hildebrandt. Hilt fort: Ludendorff begab sich in die Umgebung Hilders, wo der Plan über einen einmaligen Rückzug nach Kofenham besprochen wurde: General Ludendorff verwarf diesen Gedanken, weil er sich jagte, das Unternehmen ist hin, ist heißt es, der ganzen Welt zu zeigen, daß wir der völkischen Regierung treu bleiben. Es wurde dann der friedliche Zug mit liegenden Fahnen in die Stadt beschloffen, bei zu der Feldherrnhalle mit Blut und Tod endete. In der Stellungsbereitschaft las ich, daß General Ludendorff in seiner Verteidigung die Unterstellung, er habe von einer weiß-blauen Gefahr gesprochen, zuzuschwiebe. Ich kenne die Deutlichkeit Ludendorffs genau. Das hat mich am meisten erschrocken, daß eine solche Anschuldigung gegen ihn erhoben wurde, denn ich weiß, wie sehr Ludendorff mit mir übereinstimmt in der höchsten Verehrung für das Haus Wittelsbach, in der Bewunderung des tapferen bayerischen Heeres und in der Liebe zum freien bayerischen Volk. Haben verdammtbüchliche Klatschereien waren es keine Empfindungen für Bayern und sein Königshaus, die ihn veranlaßten, seinen Wohlstand in Bayern zu nehmen. Ludendorff hat die beiden heimlichen Beschlüsse völlig gleichgestellt. Er sagte mir, er lasse jeden noch seinen Fall entscheiden. Ludendorff ist überhaupt von einer edlen, tiefen Frömmigkeit befeuert, wie ich sie noch kaum bei einem Kameraden gesehen habe. Es liegt ein tiefer Ernst in seinem Leben. Schon aus christlichen und religiösen Gründen hätte Ludendorff niemals die katholischen Minder die Protestanten gestellt; er hat im Gegenteil beide Kirchen in ihrer Segnungen gleich hoch bewertet.

Rechtsanwalt Schramm: Es ist General Ludendorff von jenseitiger Seite vorgeworfen worden, er sei von Ehrgeiz erfüllt. Was hält der Herr Zeuge, der ihn genau kennt, davon? Generalleutnant Hildebrandt: Ich habe selten einen höher gestellten Offizier gesehen, der mit so wenig Ehrgeiz befeuert war wie Ludendorff. Seine Tochter erzählte mir von ihrem Vater, ihrem Vater (Ludendorff) sei im Krieg der höchste Adel angeboten worden. Ludendorff lehnte ihn ab mit den Worten: „Ich trage den Namen meines Vaters weiter.“

Rechtsanwalt Kobl: Herr General v. Hildebrandt hat vorhin von der weiß-blauen Gefahr gesprochen. Ich bin in der Lage, Aufklärung darüber zu geben, wie es überhaupt kam, das Erz. Ludendorff diese Worte in den Mund gelegt wurden. Ich bin gestern Abend mit einigen jungen Herren zur Infanterieschule und besonders mit Leutnant Klotz zusammengetroffen. Derselbe erzählte mir, daß man gerade in der Infanterieschule die ultramontane Gefahr kurz als die weiß-blau Gefahr bezeichnet habe, und deshalb habe er bei seiner Vernehmung einer irrtümlichen Auffassung des Ausdrucks Eggelsen Ludendorff gerade diese Worte in den Mund gelegt, während General Ludendorff die Zeitungs-politik gemeint habe.

Oberleutnant Frhr. v. Berchem, Kommandeur des I. Bataillons des Infanterieregiments 19, erklärt es als eine „Verleumdung“, daß Oberleutnant Braun den Oberleutnant Göttsch erschossen habe. Die Verteidigung macht dem Zeugen darauf aufmerksam, daß Braun die Ausrufung, er werde „die Bande vollständig niederzulegen lassen“, zuerst abgelehnt, dann aber auf das bestimmte Zeugnis des Majors Egg als möglich zugegeben habe. Zeuge: Der Befehl zu schießen, falls von der anderen Seite geschossen werde, wurde von General Danner gegeben. General Ludendorff: Ich stelle fest, daß der Befehl zum Angriff auf das Wehrkreiskommando von General Hoffmann unterzeichnet ist. Zeuge v. Berchem: Das ist möglich. Ich kann mich nicht erinnern. (An wegweisendem Ton zu Ludendorff:) Eggelsen würde es jedenfalls auch so geben.

Rechtsanwalt Holt: Ich hätte noch verschiedene Fragen an den Zeugen Berchem, ich lehne es aber ab, mich mit einem Zeugen abzugeben, der sich gegen Sr. Eggelsen General v. Ludendorff so benimmt. Zeuge Leutnant Alois Ecker wurde in der Nacht zum 1. November von Oberleutnant Kriebel vom Wehrkreiskommando in die Kaserne der Neunzehner gefandt, um mit Doffow zu sprechen. Doffow habe erklärt, das Wort sei nun einmal gebrochen und keine Verhändigung mehr möglich. Der Zeuge wurde in der Kaserne festgenommen. Rechtsanwalt Queigebraun: Ist in der Kaserne das Wort gefallen: „Mit Rebellen wird nicht verhandelt“? Zeuge: Das Wort Rebellen ist gefallen. Gegen die Verhändigung des Zeugen Polizeimeister Jambaff erhebt die Verteidigung Einspruch auf Grund seiner Aussagen in der geheimen Sitzung; Insofern würde in erster Linie in Frage kommen, wenn von Hochverrat gesprochen werde.

Das Gericht befiehlt Anwalt zu verordnen.

...Anzeige...

...Anzeige...

...Anzeige...

...Anzeige...



Zeuge: Imhoff: Am 8. November abends 9.15 Uhr er-
zähle mir im Polizeigebäude ein Kriminalbeamter von den
Vorgängen im Bürgerbräuerei. Ich alarmierte so-
fort die Landespolizei, worauf auch die Reichs-
wehr alarmiert wurde und Truppen von auswärts berufen
wurden. Ich veranlaßte die Befehlsführung des Telephonamts
und des Bahnhofs. Morgens 3 Uhr sei der Auftrag des
Generalstaatskommissars eingetroffen, Pöhner und Fried-
zu verhaften. Die Landespolizei sei von Anfang an
gegen das Unternehmen gewesen.

Auf die Frage des Rechtsanwalts Götz, warum Oberst
Dörflinger seine maßgebende telephonische Besprechung
mit Oberst Seifert abgetrennt habe (in der die Verhaf-
tung Frieds und Pöhners angeordnet wurde), schweigt der
Zeuge.

Justizrat Schramm: Ist Ihnen bekannt, daß auch
durch die Landespolizei der Befehl geklungen ist, daß Ge-
neral Ludendorff zu verhaften sei, wenn er
betreten wird?

Zeuge: Jawohl. Es ist gegen Morgen zwischen 4 und
5 Uhr nach ein Fernspruch des Generalstaats-
kommissars für die Polizeidirektion an das Kom-
mando übermittelt worden. Er betraf den Grenzverkehr, die
Hafenüberwachung und enthielt außerdem die Namen
einiger Persönlichkeiten, die in Haft zu nehmen sind,
wo sie getroffen werden. Ich erinnere mich an die Namen
General Ludendorff, Oberlandesgerichtsrat Pöhner,
Dammann, Feil, Major Hühnelein, Hauptmann
Röhm und noch ein paar andere Namen.

Justizrat Schramm: War der Befehl so allgemein,
daß er von jedem Landespolizisten vollzogen werden
konnte? Zeuge: Er war klar gegeben. J. A. Schramm
fragt: Ist es denn schon vor dem 8. November Kenntnis
erhalten, daß Rahr etwas beabsichtige?

R. A. Hemmeter: Ist Herr Pöhner in die Polizei-
direktion etwa mit einer bewaffneten Schar gekommen?

Zeuge: Darauf kann ich keine Antwort geben.

R. A. Hemmeter: Das ist wirklich auffallend. Wären
Sie, wer der Verfasser der „weiß-blauen Schrift“ ist?

Zeuge: Die Schrift ist mir unbekannt. Ueber den Ver-
fasser Auslagen zu machen, verbietet das Antisubversivgesetz.

Vorsitzender zum Zeugen: Was hat das mit dem
Antisubversivgesetz zu tun?

Die Verlesung wird die Frage in der getrennten Sitzung
wiederholen. Sie beantragt die sofortige Haftentlassung des
Obermanns Dr. Fried und Brückners.

Die Verhandlung wird auf Montag vormittag 8 1/2 Uhr
verlegt.

Erster Verhandlungstag

Bernennung des Generals von Cossow

Das Direktorium und sein Programm

Im Beginn der Verhandlung am Montag gab Justizrat
Schramm von einer Justizrat der Mutter des verstor-
benen Beamten Casella Mitteilung, in der festgestellt
wird, daß die Mutter als mit Oberleutnant Braun ge-
sprochen hat. Die Angabe Brauns, die Mutter werde nicht
mit Berücksichtigung an ihn Braun, der Casella erschossen haben
soll, halten und nicht glauben, daß Braun der Mörder sei,
ist also unwahr.

Auf Erfragen des Reichsanwalts der Justiz wird vom
Vorsitzenden bekannt gegeben, daß in einer Justizrat des
Hauptmanns a. D. Paul genannt Unteroffizier Ebert sei
ein Kette des Reichspräsidenten Ebert. Der
Reichspräsident habe seinen Kette namens Ebert, der am
Krieges teilgenommen oder als Soldat gedient habe. Augen-
scheinlich habe sich ein Unteroffizier als Kette des damaligen
Reichspräsidenten Ebert ausgegeben versucht, um sich
interessanter zu machen, oder aus irgend welchen anderen
Gründen.

Rechtsanwalt Gademann gibt folgende Erklärung
ab: Wir sehen am Beginn des wichtigsten Abschnitts des
Prozesses. Die drei Kronzeugen des Staatsanwalts (Rahr,
Koslow und Seifert) sollen in dieser Woche vernommen wer-
den. Bevor in diese Vernehmung eingetreten wird, ist es
meine Pflicht, als Verteidiger darauf hinzuwirken, welches
Schicksal bis jetzt vorliegt. Es wurden verschiedene
Sitzungen abgehalten, in denen Zeugen unter Ausschluß der
Öffentlichkeit vernommen worden sind. Bedenken Sie, daß
diese Zeugen unter Eid etwas ausgesagt haben, was nicht
zu Ungunsten der Angeklagten war. Der Staatsanwalt möge
die Lage in dieser Richtung würdigen.

Staatsanwalt Stengel: Die drei Herren sollen
nicht als Zeugen gegen die Angeklagten vernommen werden,
sondern um die Wahrheit ans Licht zu bringen.

Das Bericht tritt darauf in die Vernehmung des

Generalstaatskommissars a. D. Otto von Cossow

Er wird zunächst unvoreingenommen vernommen.

Zeuge von Cossow erklärt, einen Teil seiner Aus-
sagen möge er in nichtöffentlicher Sitzung machen. Dann
sagt er: In den letzten Monaten vor dem 8. November,
d. h. seit Sommer 1923, war ich von befreundeter Seite aus
mit dem Kommando beauftragt worden, daß man die Rettung
aus den immer unheilvoller werdenden Verhältnissen in
Deutschland nur erhoffe von einem rechts eingestellten, rein
nationalen Direktorium, das mit kommissarischen Vollmäch-
ten ausgestattet und von parlamentarischen Einflüssen und
Benennungen unabhängig sein sollte. Das Direktorium, nur
aus wenigen, vollkommen gleichartig eingestellten Männern
bestehend, sollte nicht durch einen Putsch herbeigeführt wer-
den, sondern auf Grund der Möglichkeiten, die Artikel 48 der
Verfassung gibt. Das Programm war in kurzen Worten:
Ein der Spitze sollte ein Mann stehen, der einen Namen nicht
nur in Deutschland, sondern auch im Ausland hatte. Eine
erste Aufgabe sollte die Finanzen und die Währung sanie-
ren, ohne andere für die Ernährung sorgen, eine dritte die
Staatsrechte in Genuß bringen, eine vierte endlich den ge-

samten Staatshaushalt von den Revolutionärsgeheimnissen
zu führen. Endlich waren vorgegeben wirtschaftliche
Maßnahmen für die Befestigung des schonmaligen Acht-
stundenarbeitsgesetzes, des beherrschenden Einflusses der
Ernte und Gewerkschaften. Ein kleiner Teil dieses Pro-
gramms ist ja in den letzten Monaten unter dem Reichs-
ausnahmestatus unter einer Art von Diktator durchge-
führt worden. Als das Generalstaatskommissariat geschaf-
fen wurde, bei dem ich infolge meiner dienstlichen Stellung
in vielen Dingen mitzusprechen hatte, wurde über diese
Dinge gesprochen und es stellte sich alsbald die vollkommene
Übereinstimmung in der Auffassung zwischen Rahr, Seifert
und mir heraus.

Auf drei Vorbedingungen, erklärt Cossow, habe ich
immer hingearbeitet: Die waren: 1. Die geeigneten Männer
für das Direktorium, die Kandidaten in ihrem Fach sein
mussten, wußten gefunden werden und willig sein, diese
Aufgabe zu übernehmen. 2. Das Programm mußte nicht
nur in sachlichen Punkten, sondern gründlich durchgear-
beitet sein. Die Verantwortlichkeiten, die hierfür in Be-
tracht kamen, mußten die unbedingte Gewähr haben, daß
die Reichswehr geschlossen hinter diesem Direktorium stehe.
Und diesem Programm haben nun Leute, die in politi-
schen öffentlichen Versammlungen den Mund nicht weit ge-
nug aufreißen können, die in ihrem überhebigen Patriotis-
mus das höchste Denken verlernt haben und deren
Triebsfeder politische Ohngläubigkeit war, das Schlagwort von
„Rahr nach Berlin“ gemacht. Dieses Schlagwort hatte
für mich etwas Rindliches. Aus ihm sprach Mangel an
Urteil für das Mögliche und für das Erreichbare. Ich ver-
stehlich möchte zum Ausdruck bringen, daß ich heute noch
der Ansicht bin, daß das Direktorium das Richtige für
unsere Lage ist. —

(Fortsetzung folgt.)

Neue Nachrichten

Die Wahl des Reichspräsidenten

Berlin, 10. März. Der Reichstagsler teilte verschiedenen
Journalisten mit, daß die Wahl des Reichs-
präsidenten sei erst nach den Reichstagswahlen und
nicht vor August bis 30. zu erwarten. Hierbei sei
die Unvereinbarkeit zwischen dem Reich und Bayern er-
wähnt worden.

Verfälschung der Reichstagsausführung

Berlin, 10. März. In der sozialdemokratischen Reichs-
tagsfraktion teilte Abg. Hermann Müller mit, Reichs-
präsident Ebert habe sich geweigert, den Reichstag vor
Einde der Reichstagsler Marx habe nachge-
geben. Demzufolge werde auch die Reichspräsidentenwahl
frühergefallen. Ebert habe in Aussicht gestellt, daß demnächst
auch der große Ausnahmezustand aufge-
hoben werde.

Der Kampf um die Arbeitszeit

Berlin, 10. März. Wegen Verweigerung des neunstün-
digen Arbeitstags sind nach Mitteilung des Gewerkschafts-
rats am Samstag in Berlin weitere 3700, in der Provinz
Brandenburg 5300 Ausperrungen vorgenommen worden.

Schwarzarbeiterstreik in Hamburg

Hamburg, 10. März. Die Hafenarbeiter haben den
Schlichtungsrat des Schlichtungsamts auf neunstündige Ar-
beitszeit mit Dreiviertelstunde abgelehnt, so daß mit einem
allgemeinen Ausstand zu rechnen ist.

Anerkennung der Janus

Mannheim, 10. März. Die französischen Militärbehörden
haben den Gemeinden der Pfalz die Janus erteilt. „Vor-
schüsse“, die von örtlichen Militärbehörden an die
Sonderbändler gegeben wurden, zurückgefordert. Es
beträgt sich um beträchtliche Summen, so in Neustadt um
250 000 Goldmark, in Landau um 150 000 „K. u. M.“, „Rück-
zahlung“ soll binnen 8 Tagen erfolgen.

Sendung des Papstes

Rom, 10. März. Die „Aribona“ berichtet, der Papst habe
den Kardinal Bizzardo, den Stellvertreter des Kardinal-
staatssekretärs, mit einem besonderen Auftrag an den Hun-
dus Kardinal in München geschickt. Er solle Fühlung mit den
Führern der Zentrumspartei nehmen. Außerdem überbringe
er eine ansehnliche Geldsumme für die Bedürftigen in Deutsch-
land, besonders in der Pfalz und im Ruhrgebiet.

Streitigkeiten unter den Sachverständigen?

Mannheim, 10. März. Der „Corriere della Sera“ will
wissen, unter den Sachverständigen in Paris seien er-
neute Meinungsverschiedenheiten über die internationale Anleihe
und die Goldnotendank eingetreten, die die Freilegung des
Berichts verzögern werden, was bei dem Einsetzen des fran-
zösischen Frankreich Schonen bringen würde.

Das französische Gelbbuch

Paris, 10. März. Die Regierung hat ein Gelbbuch
über die Verhandlungen betr. die „Sicherheit“ Frank-
reichs ausgegeben. Es enthält 46 Schriftstücke vom 10. Jan.
1919 bis 17. Febr. 1923. Darin ist die Denkschrift des
Marshall's Buch vom 10. Januar 1919, der verlangt, daß
der Rhein die militärische Grenze bilden müsse.
Das bedeute noch nicht, daß das linksrheinische Land in fran-
zösischen Besitz übergehen müsse, sondern es solle eine
Sicherheitszone sein, die für die Gemeinschaft der
demokratischen Nationen unerlässlich sei. Deutschland
müsse der militärische Zutritt zum linken Rheinufer unmit-
telbar gemacht werden, indem dieses von Frankreich und Belgien
besetzt und Rheinposten errichtet werden, die sich an die
Westmächte anzuschließen haben und durch
eine Zollgrenze von Deutschland zu trennen sein. Alle Rhein-
brücken sollen besetzt werden usw. — Die französische Regie-
rung schließt sich den Forderungen des Marshall's Buch an.
Auf die Einwendungen Wilsons und Lloyd
George's (die im Gelbbuch weggelassen sind) wird in einem
weiteren Schriftstück vom 17. März ausgeführt, die Wiederher-
stellung des linken Rheinufer sei von dem übrigen
Deutschland aus zu verwalten; sie fürchte den Ab-

sturz des Reiches und die Kriegsbabys, habe besondere Rücksicht-
nahmen und habe die ihr aufgebendsten preussischen Beamten
nicht. Deshalb treten hier Bestrebungen auf.
Deshalb sollen hier unabhängige Staaten
geschaffen werden. Das mache in England und Amerika
Sorge, aber der ganze letzte Krieg lehre, daß der Rhein nicht
nur die militärische Grenze Frankreichs und Belgiens, son-
dern auch der Demokratie jenseits des Meeres sei.

In einem andern Schriftstück wird die Ansicht Fröhs ver-
treten, wenn man das nördliche Besatzungsgebiet freigeben
würde, so würde man auf den Zutritt zum reichsten Gebiet
Deutschlands (Ruhrgebiet) verzichten. Frankreich würde
dann nicht weiter denken können und auf die Beschlagnahme
der Quelle des deutschen Reichtums verzichten. Nach 15 Jah-
ren würde schließlich (nach dem Friedensvertrag) das ganze
linksrheinische Gebiet geräumt werden und Frankreich stünde
wieder mit seinen Grenzen von 1870 d. h. ohne jede mili-
tärliche Sicherheit da.

Änderung der französischen Grenzschließungsordnung

Paris, 10. März. Der Finanzausschuß des Senats
hat die von der Regierung verlangten Vollmachten für die
Durchführung der Finanz- und Steueränderungen im Ver-
ordnungswege mit 18 gegen 7 Stimmen abgelehnt, obwohl
Roinard wiederholt erklärt hatte, er werde zurücktreten,
wenn der Senat die von der Kammer bereits genehmigten
Vollmachten ablehne. Der Ausschuß hat die Vorlage so ab-
gelehnt, daß dem Parlament die Entscheidung über die von
der Regierung getroffenen Maßnahmen bleibe.

Wahlkreiswahl in Irland

Dublin, 10. März. Nach einer Meldung aus Dublin
haben 900 Offiziere, die entlassen wurden, in den Koffern
Waffen und Munition an sich genommen und die Wälder
um Dublin besetzt. Die Regierung hat Truppen gegen sie
ausgeschickt und die Verhaftung des Generalmajors Blam
Tobin und des Obersten Dalton verfügt.

Benjolos geht

München, 10. März. Die Zeitungen veröffentlichen einen
Artikel Benjolos an den früheren Reichspräsidenten Hoff-
mann: Er habe geglaubt, dem Land nützen zu können,
habe sich aber getäuscht, da er nicht einmal von seinen frühe-
ren Freunden unterstützt worden sei. Er wolle sich auf un-
bestimmte Zeit vom Leben zurückziehen. — Man glaubt, wenn
das neue Kabinett eine Mehrheit finde, werde es der Kam-
mer eine Gesetzesvorlage machen, die die Konarchie abschafft.
Eine Volksabstimmung hätte dann das Recht zu bestätigen.
Benjolos ist nach Gannes (Südfrankreich) abgereist.

Württemberg

Stuttgart, 10. März. Verwaltungsverein-
barung. Das Bauamt für Wasserversorgung wird ab 1. April an die Ministerialabteilung für Straßen- und Wasserbau
angegeschlossen.

Tob in der Fremde. Der am 1. Februar in den Ruhe-
stand getretene Finanzrat Keppeler hatte mit einigen
Freunden eine Reise nach Rom unternommen. Dort ist er
nach kurzer Krankheit im Alter von 73 Jahren gestorben und
auf dem hiesigen Friedhof beerdigt worden.

In der Holzindustrie ist auf Grund der künftigen Ar-
beitswoche bei Erhöhung des Stundenlohns um 6/3 eine
Einigung zustande gekommen. Die Arbeit wurde am Mont-
tag wieder aufgenommen.

Waffenlager. In einem Haus der Ulmerstraße in Stutt-
gart haben Polizeibeamte ein kommunistisches Waffenlager
ausgehoben, bestehend aus 11 Infanteriegewehren, 3890
Schuß Munition, 700 Schuß für Pistolen und 35 scharf ge-
ladene Handgranaten. Vorher wurden Waffenwert-
papiere in Stuttgart, Feuerbrot und Währungen a. F. entbe-

Vom Tode. Ede Christoph- und Hauptstätterstraße wurde
ein Mann von einem Kraftwagen getroffen.

Stuttgart, 10. März. Richter und Landwirte.
Justizminister Beyerle schreibt im „Staatsanzeiger“: In der
„Schwab. Tageszeitung“ vom 9. März wird in einer An-
frage an den Justizminister die Behauptung aufgestellt, der
Zentrumsabgeordnete Andre habe in einer Verlesung die
Auffassung ausgesprochen, daß anscheinend die harten
Strafen gegen die Landwirte von den „deutschnationalen“ ge-
stimten Richtern nur deshalb ausgesprochen werden, damit
die Landwirte scharf gemacht werden und mit Recht und An-
recht gegen die Republik gehetzt werden könne. Ich kann
nicht glauben, daß der Abg. Andre sich in dem Sinn ausge-
sprochen hat, wie es die „Schwab. Tageszeitung“ darstellt.
Sedenfalls aber stelle ich als meine Uebersetzung fest: Ni-
mands wird ein würt. Richter aus solchen Gründen ein Urteil
fällen.

Aus dem Lande

Kornweizen, 10. März. Ueberfahren. Der ledige
24 Jahre alte Stationsarbeiter Konrad Sellmann aus Wül-
dingen geriet am Freitag unter einen Eisenbahnwagen.
Es wurden ihm beide Beine oberhalb des Knies abgefahren. Der
Schmerzerleichte mußte in das Krankenhaus Ludwigsburg ein-
geliefert werden.

Redarhalm, 10. März. Sie trinken ihn selber.
Ein hiesiger Wälthofbesitzer hat der Redarhalm Wein-
gärtner-Genossenschaft den gesamten Vorrat an besseren Sorten
(ca. 90 Hektoliter) zum Durchschnittspreis von 400 „K.“ für
den Liter abgetauft. Die Redarhalm freuten sich, die
erschaffenen Weine selbst trinken zu können.

Gmünd, 10. März. Warenliebhaber. In einer
ganzen Anzahl offener Verkaufsgeschäfte ist man Warenlieb-
habern durch Verkaufserlösen auf die Spur gekommen. Die
Angelegenheit nimmt großen Umfang an.

Albersheim. Das Gmünder Ritterhaus der Barmber-
ger Schwefelwerke von Untermerthal, das bisher schon den
Zwecken der Wasserversorgung gedient hat, soll nun als
Albersheim ausgebaut werden.

Kreuzlingen, 10. März. Vermißt. Seit 10 Tagen wird
die 20jährige Tochter eines hiesigen Kaufmanns vermißt.

Qualitäts FRACI CIGARETTEN Marken

Unterjettingen O.A. Herrenberg.
Jagd-Verpachtung.
 Die hiesige Gemeindejagd, umfassend 754 ha, wovon 117 ha Wald, kommt am Samstag, den 15. März 1924, nachm. 2 Uhr, auf dem Rathaus im öffentlichen Verkauf auf 3 bzw. 6 Jahre zur Verpachtung. Verpächter sind bekannte Jäger haben Vermögensverhältnisse neueren Datums vorzulegen.
Gemeinderat.
 Vorl. Schulte, Stadtmstr.

Vollmaringen O.A. Gorb.
Langholz-Verkauf.
 Am Donnerstag den 13. März d. J. nachm. 12 1/2 Uhr verkauft die Gemeinde Vollmaringen
120 Stück Langholz 140 Festm. I.-V. Kl.
 im Einzelverkauf unter günstigen Zahlungsbedingungen. Zusammenkunft am Marktbeleg nach 8 1/2 Uhr.
 Den 9. März 1924 **Gemeinderat.**

Emmingen.
 Untergüter verkauft
1 neuer leichter Ruhwagen
1 gebrauchter Einspänner-Wagen
1 Güllerpumpe 2,20 Kohlengr.
1 leichter Heilige Ackerwalze
1 eiserner Flanderpflug.
 Walz, Schmiedmeister.

Einen 14 Monate alten, fruchttragenden, mäßigen
Zuchtfarren
 von guter Abstammung, sowie eine schwere, mit dem 2. Kalb hochträchtige, im Herbst eingetragene
Zuchtkuh
 hat zu verkaufen
Schultheiß Teufel, Daisingen.

Defeldron.
 Untergüter verkauft
2 Pferde,
 dreijährig, Fruchtkuh und Braunwallach, gut einsehbar.
Friedrich Eitelbusch, Brenneceibesitzer b. Raitzhausen.

Ca. 4 Fsm. Birkenstammholz
 für Schreiner geeignet, sowie
240 Bau- u. Hagstangen
 hat zu verkaufen
Georg Urfig, Bad Teinach.

Amtlicher Lajchenfahrplan
 für Württemberg und Hohenzollern mit den wichtigsten Anschlussstrecken der benachbarten Länder
Anschl., Fern- und Umleitungsverbindungen,
 sowie den Kraftfahrlinien und Postfahrten,
Eisenbahnübersichtskarte, Pläne über die Lage der Stuttgarter Bahnhöfe und Uebersicht über die Abfahrt und Ankunft der Züge auf dem Hauptbahnhof in Stuttgart.
 Winterdienst 1923/24. Gültig vom 18. Febr. an.
Neue ergänzte Ausgabe.
 Vorrätig bei
G. W. Zaiser, Buchhandlung, Nagold.

791
 für **7 90** Mk.
 bekommen Sie bei **M. Schloss in Nagold** einen **prima Rindled.-Frauenschnh**

für **8 90** Mk.
 bekommen Sie bei **M. Schloss in Nagold** einen **prima Rindled.-Frauentiefel**

für **1 95** Mk.
 bekommen Sie bei **M. Schloss in Nagold** ein sehr schön u. gutes **Kinderstiefel**

für **1 65** Mk.
 bekommen Sie bei **M. Schloss in Nagold** einen mit **Leder besetzten Hausschnh**

Möbelschreinereien kaufen
Mattierungen, Polituren, Wachsbeizen, Leim usw.
 in bester Qualität zu Fabrikpreisen bei
Karl Ungerer, Nagold. f. Nr. 4.

Achtung! Hausfrauen Gilt!
 von Nagold und Umgebung.
 Kaufe von heute mittag 1 Uhr bis Donnerstag mittag 12 Uhr am alten Kirchturm Nagold wie bekannt zu höchsten Preisen
Hauslumpen per Agr. 10 Pfg.
Wollgestricktes " " 30 "
 Jedes Kind erhält einen Osterhasen.
Arnold & Wörner, Feuerbach.

Für jeden Kriegsteilnehmer!
Die württ. Regimenter im Weltkrieg 1914-1918
 Herausgegeben von General O. Fiallilien
 Verlag Chr. Neuber Neudamm

- 1. Das 1. württ. Infanterie-Regiment Nr. 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 249, 250, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 295, 296, 297, 298, 299, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 321, 322, 323, 324, 325, 326, 327, 328, 329, 330, 331, 332, 333, 334, 335, 336, 337, 338, 339, 340, 341, 342, 343, 344, 345, 346, 347, 348, 349, 350, 351, 352, 353, 354, 355, 356, 357, 358, 359, 360, 361, 362, 363, 364, 365, 366, 367, 368, 369, 370, 371, 372, 373, 374, 375, 376, 377, 378, 379, 380, 381, 382, 383, 384, 385, 386, 387, 388, 389, 390, 391, 392, 393, 394, 395, 396, 397, 398, 399, 400, 401, 402, 403, 404, 405, 406, 407, 408, 409, 410, 411, 412, 413, 414, 415, 416, 417, 418, 419, 420, 421, 422, 423, 424, 425, 426, 427, 428, 429, 430, 431, 432, 433, 434, 435, 436, 437, 438, 439, 440, 441, 442, 443, 444, 445, 446, 447, 448, 449, 450, 451, 452, 453, 454, 455, 456, 457, 458, 459, 460, 461, 462, 463, 464, 465, 466, 467, 468, 469, 470, 471, 472, 473, 474, 475, 476, 477, 478, 479, 480, 481, 482, 483, 484, 485, 486, 487, 488, 489, 490, 491, 492, 493, 494, 495, 496, 497, 498, 499, 500, 501, 502, 503, 504, 505, 506, 507, 508, 509, 510, 511, 512, 513, 514, 515, 516, 517, 518, 519, 520, 521, 522, 523, 524, 525, 526, 527, 528, 529, 530, 531, 532, 533, 534, 535, 536, 537, 538, 539, 540, 541, 542, 543, 544, 545, 546, 547, 548, 549, 550, 551, 552, 553, 554, 555, 556, 557, 558, 559, 560, 561, 562, 563, 564, 565, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572, 573, 574, 575, 576, 577, 578, 579, 580, 581, 582, 583, 584, 585, 586, 587, 588, 589, 590, 591, 592, 593, 594, 595, 596, 597, 598, 599, 600, 601, 602, 603, 604, 605, 606, 607, 608, 609, 610, 611, 612, 613, 614, 615, 616, 617, 618, 619, 620, 621, 622, 623, 624, 625, 626, 627, 628, 629, 630, 631, 632, 633, 634, 635, 636, 637, 638, 639, 640, 641, 642, 643, 644, 645, 646, 647, 648, 649, 650, 651, 652, 653, 654, 655, 656, 657, 658, 659, 660, 661, 662, 663, 664, 665, 666, 667, 668, 669, 670, 671, 672, 673, 674, 675, 676, 677, 678, 679, 680, 681, 682, 683, 684, 685, 686, 687, 688, 689, 690, 691, 692, 693, 694, 695, 696, 697, 698, 699, 700, 701, 702, 703, 704, 705, 706, 707, 708, 709, 710, 711, 712, 713, 714, 715, 716, 717, 718, 719, 720, 721, 722, 723, 724, 725, 726, 727, 728, 729, 730, 731, 732, 733, 734, 735, 736, 737, 738, 739, 740, 741, 742, 743, 744, 745, 746, 747, 748, 749, 750, 751, 752, 753, 754, 755, 756, 757, 758, 759, 760, 761, 762, 763, 764, 765, 766, 767, 768, 769, 770, 771, 772, 773, 774, 775, 776, 777, 778, 779, 780, 781, 782, 783, 784, 785, 786, 787, 788, 789, 790, 791, 792, 793, 794, 795, 796, 797, 798, 799, 800, 801, 802, 803, 804, 805, 806, 807, 808, 809, 810, 811, 812, 813, 814, 815, 816, 817, 818, 819, 820, 821, 822, 823, 824, 825, 826, 827, 828, 829, 830, 831, 832, 833, 834, 835, 836, 837, 838, 839, 840, 841, 842, 843, 844, 845, 846, 847, 848, 849, 850, 851, 852, 853, 854, 855, 856, 857, 858, 859, 860, 861, 862, 863, 864, 865, 866, 867, 868, 869, 870, 871, 872, 873, 874, 875, 876, 877, 878, 879, 880, 881, 882, 883, 884, 885, 886, 887, 888, 889, 890, 891, 892, 893, 894, 895, 896, 897, 898, 899, 900, 901, 902, 903, 904, 905, 906, 907, 908, 909, 910, 911, 912, 913, 914, 915, 916, 917, 918, 919, 920, 921, 922, 923, 924, 925, 926, 927, 928, 929, 930, 931, 932, 933, 934, 935, 936, 937, 938, 939, 940, 941, 942, 943, 944, 945, 946, 947, 948, 949, 950, 951, 952, 953, 954, 955, 956, 957, 958, 959, 960, 961, 962, 963, 964, 965, 966, 967, 968, 969, 970, 971, 972, 973, 974, 975, 976, 977, 978, 979, 980, 981, 982, 983, 984, 985, 986, 987, 988, 989, 990, 991, 992, 993, 994, 995, 996, 997, 998, 999, 1000.

Neu! Das 33. württ. Infanterie-Regiment Nr. 478 und seine Stammtruppen. **Neu!**
 Sämtliche Bände sind vorrätig bei
G. W. ZAISER, Buchhandlung, NAGOLD.

Museums-Gesellschaft.
 Die verehelichten Mitglieder werden auf den
Rezitations-Vortrag
 von Herrn Dr. Nagel, der von auswärts beurlaubt empfangen wird, eingeladen.
 Der Vorstand.

Tages-Merkbücher
 bei G. W. Zaiser, Nagold.

Freie Bezirks-Bäckerinnung Nagold.
 Mit laudend eintreffenden Wagnern empfehlen die Mitglieder der Bäckerinnung
1a. Weiß- und Brotmehl
 jedes Quantum zu billigsten Preisen.
Landw. Bezugs- und Absatzgenossenschaft Nagold und Umgebung.
 Bestellungen auf Torfmull, Heu u. Stroh, sowie Saat-Frucht, Saatkartoffeln u. Kleesamen wollen umgehend bei den Obmannen der landw. Ortsvereine gemacht und dem Geschäftsführer eingeliefert werden.
 Ntensteig, den 10. März 1924.
G. Schneider, Geschäftsführer.

793 **Kotfelben, 10. März 1924.**

Danksagung.
 Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, die wir beim Hinscheiden unserer lieben Gattin und Mutter
Luise Luz geb. Müller
 in so reichem Maße erfahren durften, insbesondere für die trostreichen Worte des 5. Pfarrers und den erhabenden Gesang des Gesangsvereins sagen herzlichsten Dank
Die trauernden Hinterbliebenen.

5-800 Mark
 gegen gute Sicherheit annehmbar gesucht.
 Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. St. 780

Fahr-Rad
 hat zu verkaufen.
 Wer? sagt d. Geschäftsstelle des Blattes.

Eine neue Hobelbank
 verkauft 796
 Wagner Seeger
 Daisingen O.A. Nagold.

Anmeldungen zur Krankenfürsorgekasse des Beamtenbundes
 nimmt entgegen Dresden, Hauswurmallee Nagold.
 Derselbe ist auch zu jeder Auskunft bereit.
Nagold.
1a. Destillations-Koks
 zerkl.
 trifft nächster Tage ein und nehme
 Bestellungen hierauf sofort entgegen.
Fr. Schittenhelm.

794
 Nr. 61
 Im Reich
 In Engla
 In Conde
 In Flam
 In Gegen
 mein Feind
 Ich muß
 Einige Werk
 nischen und
 Schlagwort
 Nacht des
 in Dancu
 wurde der P
 rasche Nach
 kirchlicher
 künftl abos
 eingeschloß
 Reichsanseh
 getroffen wor
 vor davon
 erfahren! S
 a: ungeschloß
 geproben!
 icklung in
 für diesen
 Stöff hätte
 zu regeln, st
 von meiner
 kirchengeh
 Erreichte die
 ten auf dem
 keinem Ange
 rung. Ich r
 niemals in
 in der Politik
 mein Abgabe
 Die bayerische
 lung des Ein
 7. Division
 Amt verfußt.
 Es herrsch
 mung, daß je
 raffen wie i
 über sonstigen
 werden, Ne
 henz haben
 gut bayerisch,
 hat den velt
 prägende D
 daß ich, lob
 lobte weder
 von besonde
 die Bezeichn
 Defensivsch